

Prominente legten die Karten auf den Tisch

Gespräch mit Fraktionsvorsitzenden, dem Landrat, dem Bürgermeister und Dezernenten des Kreises

In einem Gespräch im Beeskower Landratsamt mit den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien der Koalition und der Opposition, dem Landrat und den Dezernenten der Kreisverwaltung sowie Beeskows Bürgermeister Fritz Taschenberger (SPD) wurde gemeinsam mit Ministerpräsident Stolpe über die Probleme des Landkreises und der Kreisstadt beraten.

Landrat Dr. Jürgen Schröter (BfB e. V.) schilderte zunächst die problematischen Bereiche anhand der Themen: Finanzen, Fördermittel, Raumordnungsverfahren, Treuhand, Umgehungsstraße Beeskow, Übernahme sowjetischer Liegenschaften und Investitionspauschale. Dabei wurden konkrete Schwierigkeiten benannt, wie z. B. das schon seit einem Jahr dauernde Raumordnungsverfahren für das Freizeitzentrum Trebatsch oder den Kauf eines Grundstücks zur Errichtung eines Asylantenheimes durch den Kreis. Auch die ungenügende Berücksichtigung bei der Städtebauförderung verdeutlichte der Landrat dem Ministerpräsidenten anhand von Zahlenmaterial. Bei Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen wurden nur 10,4 Prozent der beantragten Mittel genehmigt, beim Aufschwung Ost 7,5 Prozent und bei städtebaulichen Planungsleistungen 34,1 Prozent. Einig war man sich, daß dringende

Hilfe für die Landwirtschaft nötig ist, da zur Zeit keine Ausreichung von Krediten erfolgt. Es fehlen die nötigen Sicherheiten der Betriebe. Hier wären Landesbürgschaften ein Ausweg. Ebenso wurde die Investitionspauschale angesprochen, die es 1992 nicht mehr geben soll. Jedoch haben Kreis und Kommunen mit dieser Förderung durchweg gute Erfahrungen gemacht. Ministerpräsident Stolpe sprach in diesem Zusammenhang von den „außergewöhnlichen Maßnahmen, die solche außergewöhnliche Zeiten“ verlangen. Er setzte sich jedenfalls für eine Verlängerung der Investitionspauschale ein. Schließlich könnten die Betriebe dadurch mit staatlichen Aufträgen bedacht werden. Angesichts der großen Arbeitslosigkeit seien hier vorrangig Aufgaben zu erfüllen, wobei das Land durch ein entsprechendes Strukturprogramm mit tätig sein soll. Die Finanzschwierigkeiten der Kommunen und Kreise resultieren nicht zuletzt aus den bevölkerungsschwachen, aber flächengroßen Gebieten. Zuweisungen erfolgen aber überwiegend nach Einwohnerzahlen. ÖPNV, Straßen oder Wasser- und Abwasserleitungen erfordern aber angesichts weiter Wege oft überdurchschnittliche Finanzmittel. Die Kommunalpolitiker forderten hier deshalb eher Zuweisungen nach Kilometern und nicht nach Einwohnern.



In Lieberose wurden dem Ministerpräsidenten die Probleme der kleinen Stadt nahegebracht. Hier im Gespräch mit Dietmar Irmel, Direktor der Kreismusikschule, vor dem Lieberoser Schloß.

Fotos (2): K.-H. Arendsee